

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hans Kremendahl fordert die Berliner CDU auf, sich von Heinrich Lummer zu distanzieren: Der Stahlhelm-Vordenker verletzt den demokratischen Mindestkonsens. Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB kommentiert die widersprüchlichen außen- und sicherheitspolitischen Äußerungen der Bundesregierung vom Wochenende: Vor uns ein Torso. Seite 2

Hans Büchler MdB setzt sich mit deutschlandpolitischen Äußerungen aus den Reihen der Regierungskoalition auseinander: Gegen Irritationen. Seite 3

Dokumentation:  
Die Päpstliche Kommission „Justitia et Pax“ hat Vorschläge zur Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer vorgelegt, die von der SPD als Grundlage für das Handeln der Europäischen Gemeinschaft empfohlen wurden. Wortlaut Seite 5

42. Jahrgang / 22

2. Februar 1987

Lummer als Vordenker der Stahlhelm-Gruppe

Die Berliner CDU sollte sich von ihrem Rechtsausleger distanzieren

Von Dr. Hans Kremendahl  
Landesgeschäftsführer der Berliner SPD

Lummer hat sich mit seinen öffentlichen Meditationen erneut als Vordenker der Stahlhelm-Gruppe in der CDU entlarvt. Würde die CDU seinen Ratschlägen folgen, sich nach rechts gezielt öffnen und eine „richtige“ Wende praktizieren, wäre dies eine Mißachtung des Wählerwillens vom 25. Januar 1987. Die Stimmenverluste der Union bei der Bundestagswahl sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit auch der bürgerlichen Wähler eine wirkliche Rechtswende nicht will. Lummers Wendung gegen eine „einseitige Kultivierung der Schuld“ kommt in bedenkliche Nähe der Verdrängung und Verleugnung der Bedeutung der nationalsozialistischen Verbrechen für unsere Geschichte wie sie in rechten Historikerkreisen und leider auch bei Teilen der Union heute Mode geworden ist.

Lummers ausländerfeindlicher Appell an die deutsche „Identität“ und seine Warnung vor „Überfremdung“ sind aus einem Geist geboren, der rassistische Exzesse nahelegt und in der Vergangenheit zu ihnen beigetragen hat. Ich erwarte von der Berliner CDU-Führung um Diepgen und Landowsky, die bisher zu Lummers Überlegungen in peinlicher Weise geschwiegen hat, eine klare Distanzierung von Lummers Äußerungen und die Versicherung, daß die CDU seinen Ratschlägen nicht folgen wird. Eine Lummer-CDU würde grundlegende Werte unserer parlamentarischen Demokratie außer Kraft setzen und sich selbst außerhalb eines demokratischen Mindestkonsenses stellen.

Heinrich Lummer würde seiner Partei und der Öffentlichkeit insgesamt einen guten Dienst erweisen, wenn er die von ihm in Aussicht gestellte Rechtspartei selbst gründen würde. Dies wäre ehrlicher als seine jetzige Verfahrensweise. Es wäre allerdings eine realistische Erwartung, daß ihm dann weite Teile der CDU folgen würden. Bei der Gelegenheit würde deutlich werden, wie dünn die liberale Tünche ist, mit der vor allem die gegenwärtige Berliner CDU-Führung ihre Partei überzieht.

(-/2.2.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Presseshaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with special Rotogravure  
Reprographic Paper



Vor uns ein außenpolitischer Torso

Zu den unvereinbaren Positionen der Bundesregierung

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Reden Bundesverteidigungsminister Wörners und Bundesaußenminister Genschers am Wochenende zeigten, wie sehr die Positionen in der Bundesregierung zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik unvereinbar geworden sind.

Während Genscher voll auf das Ergreifen der neuen sowjetischen Abrüstungsangebote setzt und dabei vollinhaltlich die Positionen der SPD übernimmt, stellt Wörner dem ständig neue Hindernisse in den Weg und argumentiert unverdrossen in den Stahlhelmkategorien des Kalten Krieges. Es ist immer zweifelhafter, ob Genscher seiner eindeutigen Rhetorik in der Koalition mit der CDU/CSU noch Taten folgen lassen kann. Damit wird deutlich in welchen außenpolitischen Torso uns diese Bundesregierung führt. Obwohl Genscher es als verhängnisvoll ansieht, wenn die offen auf dem Tisch liegenden Abrüstungsangebote nicht genutzt werden, hat er tatsächlich keinen wirkungsvollen Hebel in der Hand, dies auch durchzusetzen.

Genscher gerät damit zunehmend in Begründungsnotstand, warum er - obwohl doch die Außen- und Friedenspolitik der Bundesrepublik das zentrale Thema ist - überhaupt noch für eine Fortsetzung der Koalition mit der Union ist.

Die SPD wird gleich zu Beginn der Legislaturperiode das politisch einfordern, was Genscher seit Monaten öffentlich deklariert. Sie wird dabei Genscher und die FDP einer politischen Nagelprobe unterziehen, wie ernst sie es in der Entspannungs- und Abrüstungspolitik meinen. Wenn Genscher und seine Partei es ernst meinen, dann müssen sie den Entschließungsanträgen zustimmen, die in den nächsten Wochen von der SPD dem Bundestag zur Beschlußfassung über den Kurs in der Außenpolitik vorgelegt werden.

(-/2.2.1987/rs/ks)



Gegen deutschlandpolitische Irritationen

## Zu Äußerungen aus den Reihen der Regierungskoalition

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Offenbar hat nur die SPD ein klares deutschlandpolitisches Konzept, das national und international konsensfähig ist. Statt über ungewisse Ordnungsmodelle der Zukunft zu spekulieren, setzen wir uns den praktischen Nutzen für die Menschen zum Ziel, die mit der fortdauernden Teilung leben müssen. Praktischer Nutzen, das ist: Begegnungsmöglichkeiten und Freizügigkeit, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, ökonomische Vorteile und wirksamer Umweltschutz. Diese Ziele haben denselben Stellenwert wie die Friedenssicherung durch Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Alles zusammen bewirkt die Abkehr von der Gefahr militärischer Katastrophen, der Zerstörung der Umwelt und von der Inhumanität autoritärer Herrschaft. Eine so entstehende Friedensordnung in Europa will auch das Selbstbestimmungsrecht verwirklichen.

Selbstbestimmung ist ein Grundrecht und nicht identisch mit Wiedervereinigung. Wiedervereinigung darf nicht zugleich bedeuten, daß Gebietsansprüche gegen Polen erhoben werden.

Wenn in der DDR nicht mehr repressiv geherrscht werden würde, wenn die Mauer fällt und die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten normal wäre, ist nicht auszuschließen, daß die Deutschen der Zukunft bei zwei Staaten bleiben wollen. Warum sollte man diesen Weg durch Appelle an den Nationalismus des 19. Jahrhunderts verbauen? Der sei der Totengräber Europas gewesen, wußte Strauß schon 1958.

In der Regierungskoalition häufen sich dagegen die deutschland- und entspannungspolitischen Irritationen. Uwe Ronneburger will aktive Wiedervereinigungspolitik, und Alfred Dregger setzt auf nationalistische Gefühle, von denen er mehr Stimmen für die Union erhofft. Glaubt man der FAZ, wird die Regierungskoalition den Ostverträgen eine Bindungswirkung für ein zukünftiges wiedervereinigtes Deutschland absprechen. Helmut Kohl hat dagegen die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen als Grundvoraussetzung für den Frieden bezeichnet, sowohl gemeinsam mit Erich Honecker als auch vor dem Deutschen Bundestag.

Dem unbefangenen Beobachter fällt auf, daß einiges nicht zusammenpaßt. Wie soll Europa von der Wiedervereinigung überzeugt werden, wenn schon heute angekündigt wird, daß dann die Ostverträge

nicht mehr gelten? Wie verhält sich der von Dregger verlangte „Schutz der Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation“ zur Zusicherung Kohls, daß alle Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen unversehrt bleiben sollen?

Die Zweifel, ob die Deutschen nicht doch eines Tages wieder die Stabilität Europas gefährden werden, gründen nicht nur auf historischen Erfahrungen, sondern auch darauf, daß die „Deutsche Frage“ immer wieder als territoriale Frage behandelt wird. Gerade von der FDP erwarten die Wähler einen Beitrag zur Vertrauensbildung und nicht das Schüren solcher Zweifel.

Was will Ronneburger, dem Entspannung, Stabilität und Frieden als Grundlagen für mehr Freiheit immer vorrangig zu sein schienen, wenn ihm Entspannung nun ein „Schirm“ ist, der mißbraucht wird, um die Teilung zu festigen? Steht die Union zur Entspannung, oder wartet sie nur auf eine günstige Gelegenheit, die Ostverträge und die Zusicherung, keine Gebietsansprüche zu erheben, in den Papierkorb werfen zu können? Bislang wird die Antwort sorgfältig vermieden.

Die Bundestagswahl hat gezeigt, daß nationalistische Töne und Kritik an der Entspannung in der Bundesrepublik keine Basis haben. Davon profitiert nur die NPD. Die Mehrheit wählt Parteien, die die Kontinuität der Entspannung versprechen. Obwohl das gerade der FDP besonders zugute kam, konstruiert sie plötzlich einen Widerspruch zwischen Entspannungs- und Deutschlandpolitik. Der „Stahlhelm“ in der Union wird sich über derartige Irritationen freuen. Die Wähler erwarten dagegen, daß die FDP ihre Wahlversprechen erfüllt..

Deshalb sollten Spekulationen, wie Europa in 100 Jahren aussehen wird, unterbleiben, die Politik hat sich auf die praktischen Probleme zu konzentrieren. Wachsende Reisemöglichkeiten, Amnestie für politische Häftlinge, offene Diskussionen über den Nutzen pluralistischer Verfahren und personelle Alternativen bei Wahlen sind Entwicklungen in den kommunistischen Staaten, die zwar nicht unser Demokratiemodell anstreben, aber mehr Freiheit für die Menschen in Aussicht stellen. Dies zu unterstützen ist eine moralische, eine menschenrechtspolitische Pflicht. Die FDP ist für dieses Erbe verantwortlich.

Der von Ronneburger vorgeschlagene vertiefte Dialog mit den Vier Mächten ist nur dann vernünftig, wenn in der Bundesrepublik Einigkeit über die zu behandelnden Fragen besteht. (—/2.2.1987/fr/rs)

\* \* \*



**DOKUMENTATION****„Iustitia et Pax“: Internationale Schuldenkrise überwinden**

Die Päpstliche Kommission „Iustitia et Pax“ hat Vorschläge zur Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer vorgelegt. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Uwe Holtz, hat die Bundesregierung aufgefordert, diese Vorschläge zur Grundlage von Beratungen innerhalb der EG zu machen. Wir dokumentieren aus dem päpstlichen Dokument „Im Dienste der menschlichen Gemeinschaft: Ein ethischer Ansatz zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise“ das Geleitwort.

Seit einigen Jahren hat sich das Phänomen der internationalen Schuldenkrise mit so einzigartiger Schärfe verstärkt, daß die internationale Gemeinschaft angesichts ihres Ausmaßes und ihrer Gefahren vor neuen Herausforderungen steht.

Die Ursachen dieses Phänomens reichen weit zurück in die Zeit, als die Wachstumsaussichten weltweit so günstig waren, daß sie die Entwicklungsländer veranlaßten, Kapital in ihre Länder zu holen, und die Handelsbanken bereit waren, mit Krediten manchmal auch sehr risikoreiche Investitionen zu finanzieren. Da die Rohstoffpreise günstig waren, blieben die meisten Schuldnerländer auch zahlungsfähig.

Die erste „Ölpreiskrise“ von 1974, der 1979 die zweite folgte, der Verfall der Rohstoffpreise und der Strom von Petrodollars, die auf der Suche nach gewinnbringenden Investitionen waren, aber auch die Auswirkungen zu ehrgeiziger Wachstumsprogramme haben gemeinsam eine massive Verschuldung zahlreicher Entwicklungsländer bewirkt. Gleichzeitig erließen die Industrieländer protektionistische Maßnahmen, während die Zinssätze auf dem Weltmarkt stiegen. Die Schuldnerländer waren immer weniger imstande, auch nur die Schuldzinsen zu zahlen.

Seit drei oder vier Jahren hat die Summe der Fälligkeiten eine solche Höhe erreicht, daß viele Länder nicht mehr in der Lage sind, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, und daher gezwungen sind, neue Kredite aufzunehmen. Damit sind sie in ein Räderwerk geraten, und es ist schwer zu erkennen, wie sie sich daraus wieder befreien können.

Die Schuldnerländer befinden sich in der Tat in einer Art Teufelskreis; um ihre Schulden zurückzahlen zu können, sind sie zum Transfer eines immer größeren Teils der Ressourcen verurteilt, die eigentlich für den Verbrauch und die Investitionen im Inland und damit für ihre Entwicklung gebraucht würden.

Das Phänomen der Verschuldung macht die wachsende Interdependenz der Volkswirtschaften deutlich, deren Mechanismen - Kapitalströme und Handelsaustausch - neuen Zwängen ausgesetzt sind. Äußere Faktoren belasten daher die Entwicklung der Schuldenlage der Entwicklungsländer. Besonders die freien und schwankenden Wechselkurse, die schwankenden Zinssätze und die Versuchung, der die Industrieländer ausgesetzt sind, protektionistische Maßnahmen beizubehalten, schaffen für die Schuldnerländer ein immer ungünstiger werdendes Umfeld, in dem ihre Schwierigkeiten immer stärker wachsen.

Wenn die internationalen Kreditinstitute die Lage allein unter Währungs- und Wirtschaftsaspekten betrachten, führen die von ihnen als Gegenleistung für verstärkte Hilfe gemachten Auflagen oft mit dazu, daß in den verschuldeten Ländern die Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Rezession und der drastische Rückgang des Lebensstandards wenigstens kurzfristig verstärkt werden, worunter in erster Linie die ärmsten Bevölkerungsschichten sowie eine bestimmte Mittelschicht besonders leiden. So entsteht eine unerträgliche Situation, die mittelfristig auch für die Gläubiger selbst verhängnisvoll werden kann.



Der Schuldendienst kann nur noch geleistet werden, wenn man dafür das Erliegen der gesamten Wirtschaftstätigkeit eines Landes in Kauf nimmt, keine Regierung kann jedoch moralisch gesehen von einem Volk Entbehrungen verlangen, die mit der Würde der Menschen unvereinbar sind.

Die betroffenen Länder haben angesichts häufig widersprüchlicher Forderungen unverzüglich reagiert. Auf regionaler und internationaler Ebene wurden viele Initiativen ergriffen. Dabei wurden auch einseitige, radikale Lösungen befürwortet. In den meisten Fällen wurde das Problem jedoch in seiner Gesamtheit und seiner nicht nur wirtschaftlichen und finanziellen, sondern auch sozialen und menschlichen Tragweite erfaßt, angesichts deren die Verantwortungsträger vor moralischen Entscheidungen stehen.

Auf diesen ethischen Aspekt des Problems hat der Heilige Vater Johannes Paul II. die international Verantwortlichen wiederholt hingewiesen, insbesondere in seiner Botschaft an die 40. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Oktober 1985 (Nr. 5).

Im Bewußtsein ihres Auftrags, das Licht des Evangeliums auf die Situationen zu richten, in denen die Menschen Verantwortung tragen, fordert die Kirche erneut alle beteiligten Parteien auf, die Frage der Auslandsschulden der Entwicklungsländer vom Standpunkt der Ethik aus zu untersuchen und Lösungen zu entwickeln, die gerecht sind und die Würde derer wahren, die am härtesten von den Folgen betroffen sind.

Daher hat der Heilige Vater die Päpstliche Kommission „Iustitia et Pax“ beauftragt, das Problem zu vertiefen und den verschiedenen Akteuren - Gläubiger- und Schuldnerländer, Finanzinstitutionen und Handelsbanken - Beurteilungskriterien und Untersuchungsmethoden „im Hinblick auf einen ethischen Ansatz zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise“ vorzuschlagen.

Es ist der tiefe Wunsch der Päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“, mit diesem Dokument den Entscheidungsprozeß derer zu erleuchten, die Verantwortung tragen auf einem Gebiet, das heute das bevorzugte Feld der internationalen Solidarität ist.

Auch hegt die Kommission die Hoffnung, daß diese Überlegungen den bedürftigsten unter den Menschen und Nationen wieder Vertrauen geben, indem sie nochmals mit Nachdruck betont, daß die Wirtschaftsstrukturen und Finanzmechanismen dem Menschen dienen sollen und nicht umgekehrt und daß die Austauschbeziehungen und die mit ihnen einhergehenden Finanzmechanismen noch reformiert werden können, bevor Kurzsichtigkeit und Egoismus von Einzelnen oder von Gruppen unwiderruflich in Konflikte ausarten.

(-/2.2.1987/rs/ks)

\* \* \*

